darfsbezirken über eine unzureichende Anfuhr von Kartoffeln einlaufen, sind die Regierungen der Länder von dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ersucht worden, in den Erzeugergebieten Verhandlungen zwischen Landwirtschaft, Handel und Verbrauchern einzuleiten zu dem Zweck, den unmittelbaren Abschluß von Lieferungsverträgen herbeizuführen. Als Preise sollen nach Möglichkeit die in den Erzeugergebieten von den örtlichen Kommissionen ermittelten Angemessenenheitspreise zugrunde gelegt werden. Weiter darf mit Rücksicht darauf, daß noch immer Beschwerden über von einzelnen Behörden angeordnete Ausfuhrsperren laut werden, nochmals darauf hingewiesen werden, daß seitens des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft die Zustimmung zu dem Erlaß von Ausfuhrverboten einzelner Behörden für Kartoffeln niemals erteilt worden ist. Soweit solche Maßnahmen, sei es mittelbar oder unmittelbar, getroffen sind, entbehren sie der Rechtsgültigkeit. Schadenersatzansprüche von Personen, die durch solche Ausfuhrverbote geschädigt sind, sind bereits im Prozeßwege erhoben worden.

Wie stellen wir uns zu Polen?

(Von unserm ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 30. November.

Die Vorbesprechungen in Genf, in denen die deutschen Delegierten Schiffer und Lewald mit dem Vorsitzenden Calonder und den polnischen Delegierten zum ersten Male Fühlung nahmen, haben sich zwar durchweg im Rahmen rein formaler Verabredungen bewegt, aber das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen ist dadurch doch wieder in greifbare Nähe gerückt. Die jetzt eingeleiteten Verhandlungen beruhen bekanntlich auf einem Diktat der Entente und sind insofern für uns ungünstig, als sie nicht vollkommen freie Vereinbarungen ermöglichen, die man eventuell in einzelnen Punkten abbricht oder vertagt, in denen keine Einigung zu erzielen ist, sondern es ist ein neutraler Vorsitzender eingesetzt, der in solchen Fällen selbständig eine endgültige Entscheidung treffen kann. Nun genießt zwar Herr Calonder bei beiden Parteien volles Vertrauen und hat auch seinerseits die Absicht bekundet, sich möglichst zurückzuhalten und darauf hinzuwirken, daß in allen Fragen die Parteien ohne seinen Schiedsspruch zu einem Resultat kommen, aber diese Geschäftsordung bedeutet trotzdem eine Einschränkung der Verhandlungsfreiheit, so daß keine Partei ein Interesse daran hat, den Rahmen dieser Konferenz über das von der Entente vorgeschriebene Programm hinaus auszudehnen.

Daß wir mit Polen früher oder später einmal in einigermaßen klare, geregelte, nachbarliche Beziehungen kommen müssen, wird auf beiden Seiten eingesehen, und sowohl die polnischen wie die deutschen Delegierten haben in Genf den Willen bekundet, „in versöhnlichem Geiste" zu verhandeln. Dennoch scheint der Augenblick noch nicht gekommen zu sein, in dem eine gründliche umfassende Regelung aller deutsch-polnischen Streitfragen möglich ist, eben weil die augenblicklich eingeleiteten Verhandlungen nicht die entsprechende Bewegungsfreiheit gestatten, um z. B. Fragen wie den Minderheitsschutz in Posen mit Aussicht auf Erfolg zu erörtern. Unsere Stellungnahme zu Polen wird daher für den Augenblick durch eine korrekte Beschränkung auf das vorliegende Programm gekennzeichnet sein müssen und zugleich durch Zurückstellung aller sonstigen Verständigungspläne auf einen späteren Zeitpunkt.

Voto.

•

In Genf ist zwischen den deutschen und polnischen Delegierten vereinbart worden, daß von den elf Kommissionen, die die verschiedenen Teilfragen behandeln, sechs auf deutschem, fünf auf dem an Polen fallenden Gebiet, zumeist in Beuthen bzw. Kattowitz, tagen werden. Lewald ist nach Beuthen gefahren, um die am 9. Dezember beginnenden Beratungen vorzubereiten. Calonder wird im Januar nach Oberschlesien kommen. Nach Abschluß der Spezialberatungen wird die gesamte Delegation wieder in Genf zusammentreten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Strafvollzug in Niederschönenfeld.

Das Reichsjustizministerium hat der bayerischen Regierung durch Vermittlung der bayerischen Gesandtschaft in Berlin einzelne Klagen zugehen lassen, die dem Reichsjustizministerium über den Strafvollzug in Niederschönenfeld (wo die politischen Gefangenen interniert sind) mitgeteilt worden sind. Wie verlautet, beabsichtigt die bayerische Staatsregierung, den Standpunkt aufrechtzuerhalten, den sie jüngst bei den Erörterungen im Staatshaushaltsausschuß des Landtages eingenommen hat, d. h. die Unantastbarkeit der bayerischen Justizhoheit zu betonen.

Auflösung der russischen Gefangenenlager.

Die zuständigen Stellen haben neuerdings eine Verfügung erlassen, die darauf hinzielt, nach Möglichkeit die Insassen der noch bestehenden Russenlager, einschließlich Frauen und Kinder noch etwa 3500 Personen, in geeignete Arbeitsstellen zu bringen, ohne daß sie hierbei mit deutschen Arbeitern in Wettbewerb treten. Diese Maßnahme ist vor allem auch im finanziellen Interesse des Reichs geboten und soll zu einer Verringerung und allmählichen Auflösung der Lager führen. Ein zwangsweiser Abschub dieser Russen gegen ihren Willen ist nicht zulässig, da die Leute aus verschiedenen Gründen nicht mehr nach Rußland zurückkehren wollen.

General Nollets „laienhafte Phantasie".

Einer der französischen Teilnehmer an der Kommission der Genfer Arbeiterkonferenz, die auf ihrer Studienfahrt durch Deutschland auch die Fabriken der „Deutschen Werke" besuchte, schreibt dem Pariser „Peuple": „Es ist klar, daß keine der von uns besuchten Fabriken voll im Betriebe ist; viele sind zum Teil noch in einem Stadium der Vorbereitung. Wenn man dies gesehen hat und die unerhörten Schwierigkeiten erkennen lernt, mit denen hier gekämpft wird, dann hat man das Recht, zu sagen: die Behauptungen, daß diese Werkstätten in wenigen Wochen zur Kriegsarbeit umgestellt werden könnten, sind nicht ernst zu nehmen und müssen als laienhafte Phantasien zurückgewiesen werden." Die französischen Säbelrasseler um Herrn Poincaré stellen sich bekanntlich, als wäre der Weiterbestand der „Deutschen Werke" äußerst gefährlich, und bestehen auf ihrer Vernichtung.

Erhöhung der Abzüge vom Steuerbetrag.

Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände hat an die Reichsregierung das Gesuch gerichtet, die für den Steuerabzug vom Gehalt und Lohn geltende Einkommenshöchstgrenze dem veränderten Geldwert entsprechend zu erhöhen und die für Haushaltungsangehörige und Werbungskosten abzugsberechtigten Beträge entsprechend neu festzusetzen. Die jetzigen Abzüge von der Steuersumme für Selbstaufwand und Haushaltsangehörige entsprechen nicht entfernt mehr der Geldentwertung, so daß bei der erwiesenen zwingenden Notwendigkeit die Forderung einer weiteren Begründung nicht mehr bedürfe.

Erweiterung der bayerischen Regierungskoalition?

Die Frage der Erweiterung der bayerischen Regierungskoalition, der Wiederaufnahme der Deutschnationalen, ist in den Vordergrund getreten. Der „Bayerische Kurier", die „München-Augsburger Abendzeitung" und die „Münchener Neuesten Nachrichten", also die Blätter von drei verschiedenen Parteirichtungen, sprachen sich für den Wiedereintritt der Deutschnationalen in die Regierungskoalition aus.

Frankreich.

× **Der uferlose französische Militarismus.** Der französischen Kammer wurde der Bericht des Heeresausschusses vorgelegt. Danach wird Frankreich mit den Kolonien am 1. Januar 1922 820 000 Mann unter den Waffen haben, nach der Entlassung des ersten Kontingents der Jahresklasse 1920 640 000 Mann, im Mai nach der Einberufung der ersten Hälfte der Rekruten 777 000 Mann. Die Zahl stellt sich nach der Entlassung des restlichen Teiles der Jahresklasse 1920 zeitweise auf 661 000 Mann. Im November wird das Heer wieder die Stärke von 880 000 Mann erreichen. — Briand aber betont in Washington mit blendend gespieltem Ehrlichkeitsfanatismus, die jetzigen Gewalthaber Frankreichs wollten den Frieden der Welt sichern.

Nordamerika.

× **Fortschritte der Washingtoner Konferenz.** In Washington beurteilt man die Fragen des Fernen Ostens augenblicklich sehr günstig. Japan zeigt sowohl darin wie in der Flottenfrage überraschendes Entgegenkommen. Es wird sich mit 60 Prozent statt der bisher geforderten 70 Prozent seines Bestandes abfinden. Frankreich fordert eine Großkampfschiffstonnage, die der japanischen gleich ist, und Italien will eine ebenso große Flottenstreitmacht besitzen wie Frankreich, d. h. 800 000 Tonnen an Großkampfschiffen und 75 000 Tonnen an Unterseebooten.

Aus In- und Ausland.

Mainz. Die Rheinlandkommission lehnte grundsätzlich die Anerkennung der Reichsverordnung vom 9. November 1921 bezüglich der Abgabe von 3 Prozent bei Wechselgeschäften ab, soweit Angehörige der Rheinlandkommission und der Rheinarmee betroffen werden.

London. Im Ulsterparlament erklärte der Führer der den Wünschen Irlands entgegenstrebenden Unionisten, die Vorschläge der englischen Regierung seien unannehmbar.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 1. Dezember.

Deutsch-Schweizer Schiedsvertrag.

Berlin. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz bezüglich des deutsch-schweizerischen Schiedsvertrages haben in Bern begonnen. Die Verhandlungen werden von deutscher Seite durch Geheimrat Gauß, von schweizerischer Seite durch Professor Max Huber geführt.

Die Teuerungsaktion der Beamten.

Berlin. Die großen Beamtenverbände haben auf Einladung des Deutschen Beamtenbundes Stellung zu der unmittelbar bevorstehenden Teuerungsaktion genommen und beschlossen, eine neue Erhöhung des Grundgehalts zu verlangen. Der Ortsklassenzuschlag soll nicht verändert werden, dagegen wird entsprechend den einzelnen Gehaltsklassen eine Erhöhung des Teuerungszuschlags verlangt, die für die untersten Klassen 80 Prozent betragen sollen und sich nach oben hin bis zu 20 Prozent senkt.

Die Helgoländerfrage.

Berlin. Die Helgoländer haben vor kurzem dem Reichstage und dem Preußischen Landtage eine neue Denkschrift überreicht, die sich nicht mehr mit dem Vortrag ihrer Beschwerden begnügt, sondern positive Vorschläge für einen Ausgleich macht. Mit der Angelegenheit, die ihren Ausgangspunkt darin hat, daß die Helgoländer die neuen Steuern ablehnen, werden sich die beiden Parlamente zu beschäftigen haben.

Der Reichswirtschaftsminister über die Lage.

Kassel. In der Stadthalle sprach Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt über die deutsche Wirtschaftslage. Die Textilindustrie beschäftige nur 80 Prozent ihrer Spindeln, ebenso liege der Baumarkt darnieder. Die Eisenindustrie habe eine große Zahl von Hochöfen nicht mehr in Betrieb. In der Zement- und Kalkindustrie, für die heimische Rohstoffe genügend vorhanden seien, mache sich die volle Überlegenheit der Konjunkturlage durch den Kohlenmangel, der auf die Zwangslieferung an die Entente zurückzuführen sei, bemerkbar. Die Landwirtschaft habe sich dagegen wieder erholt. Die bisherige Unterlassung der Erlassung der Sachwerte sei ein Grund mit für den Marksturz. Abgesehen von Rußland, Polen und Österreich sei die Teuerung in Deutschland am größten.

Teerlieferungen an die Entente.

Paris. Die Reparationskommission teilt folgendes mit: Die Reparationskommission hat kürzlich den Protokollvorschlag für die Lieferungen von Teer und daraus hergestellten Erzeugnissen, die von Deutschland an Frankreich auszuführen sind, gebilligt. Der Beschluß ist Deutschland bekanntgegeben worden.

Todesstrafe für den Frauenmörder Landru beantragt.

Paris. Im Prozeß Landru hat der Erste Staatsanwalt den Strafantrag formuliert. Nach bestem Wissen und Gewissen, sagte er zu den Geschworenen, ersuche ich Sie um einen Urteilsspruch, der alle Schuldfragen ohne mildernde Umstände bejaht. Das bedeutet die höchste Strafe. Ich verlange also von Ihnen den Tod für den Mörder.

Italienische Forderungen an die Tschechoslowakei.

Prag. In der Kammer teilte der Vertreter des Finanzministeriums mit, daß die italienische Regierung von der tschechoslowakischen 180 Millionen Lire fordert, weil sie die kriegsgefangenen Tschechen als Legionäre ausgerüstet und in die italienische Armee eingereiht habe. Die tschechischen Redner sprachen sehr scharf gegen diese Forderung und erklärten, Italien habe seine Beute zum großen Teil durch das Verdienst der tschechischen Legionäre erhalten.

Ernste Lage in Portugal.

London. Die Lage in Portugal soll sehr ernst geworden sein und die bolschewistischen Wühlereien sich über das ganze Land verbreitet haben. Die meisten Gesandten der ausländischen Mächte haben Drohbriefe erhalten. Laut „Times" wird die Frage einer ausländischen Intervention in Form eines Mandats ernsthaft erwogen.

Die Russen in Polen.

Warschau. Der „Rubyrek" zufolge, befinden sich laut amtlicher Angaben 85 000 russische Flüchtlinge in Polen. Davon 6 Prozent mit Hochschulbildung. Die Lage der Russen in Polen ist eine äußerst schwere, da nur gegen 3 Prozent über Geldmittel verfügen. Außer der genannten Zahl der russischen Flüchtlinge sind 20 000 frühere Militärs in Konzentrationslagern interniert.

Konferenz der Entente-Bankiers.

Konstanz. Die Federal Reserve Bank wird wahrscheinlich unoffiziell beratende Teilnehmer zu einer Konferenz von Bankiers der Entente entsenden, die in Paris oder in London die Frage erörtern wird, wie die im Zusammenhange mit den deutschen Reparationszahlungen stehenden Valutaschwankungen zu verhindern sind.

Welt- und Volkswirtschaft.

Berlin, 30. November. (Stand der polnischen Mark.) An der heutigen Börse wurde die Polenmark mit 6,90 Mk. bewertet.

* **Starker Rückgang der Auslandswerte an der Berliner Börse.** Die Meldungen über ein bevorstehendes Moratorium für Deutschland bewirkten ein starkes Sinken aller Auslandswerte an der Berliner Mittwochbörse. Der Dollar sank von 275 Mark am Vortage auf 239 Mark. Auch alle andern Devisen und fremde Zahlungsmittel gingen lebhaft nach unten. Im Auslande soll die deutsche Mark in diesen Tagen stark aufgekauft werden.

* **Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle.** Rindfleisch 12—16 M., ohne Knochen 17—18 M., Kalbfleisch 18—18 Mark, Hammelfleisch 10—14 M., Schweinefleisch 19—20 M., Rückenfett 32—34 M., Liesen 32—34 M., Schweineschmalz 36 bis 40 M., Butter 42—46 M., Margarine 26—36 M., Rindertalg 24—25 M., ausgelassen 29—30 M., Kartoffeln 1,20—1,30 Mark das Pfund.

* **Der Wagenmangel in Mitteldeutschland.** Auf Vorstellungen über die schwere Beeinträchtigung des Wirtschaftslebens durch den Wagenmangel im mitteldeutschen Industriebezirk, der zeitweise 40 Prozent erreichte und namentlich die Verfrachtungen ins Stocken brachte, teilt das Eisenbahnzentralamt Berlin der Halleschen Handelskammer mit, daß neuerlich Leerwagen in größerer Zahl, die ursprünglich für Kartoffelladungen bestimmt gewesen und durch den Frost frei geworden seien, in den mitteldeutschen Bezirk geleitet werden sollen.

* **Austausch zwischen Industrie und Landwirtschaft.** In Halle ist von einigen Bergwerken und Fabriken ein Abkommen mit einer landwirtschaftlichen Vertretung geschlossen worden, wonach die Landwirte Kartoffeln und Mehl an die Fabriken liefern sollen, um dafür im direkten Austausch Kohle und Kali zu bekommen. Der Versuch soll, wenn er sich bewährt, im nächsten Jahre in größerem Stil wiederholt werden.

* **Rubelvaluta.** Die ersten Wechselkurse der russischen Staatsbank lauteten: London 470 000 Rubel für 1 Pfund Sterling, Paris 9000 Rubel für 1 Frank, Newyork 145 000 Rubel für 1 Dollar, Berlin 400 Rubel für 1 Mark. Ein Goldrubel wird mit 68 000 Papierrubel bewertet.

* **Die Industriekrise in Polen.** Die Industriekrise greift auf alle Zweige über und wird zu einer Erscheinung, die eine ernste Beunruhigung hervorruft. In Lodz arbeitet der größte Teil der Fabriken nur drei Tage in der Woche. Dasselbe geschieht in Warschau, Czenstochau und im Dombrower Gebiet. Wegen des Stillstandes der Industrie ist ein großer Teil der Arbeiter ohne Beschäftigung. Im Ministerium für Handel und Industrie legten die Industriellen eine Reihe von Forderungen vor, die auf Erteilung von Kredit, der Erhöhung des Zolls und der Erleichterung der Handelsbeziehungen mit Rußland beruhen.

Arbeiter und Angestellte.

Dessau. (Drohende Aussperrung.) Die gesamte Metallarbeiterschaft Anhalts, insgesamt 14 000 Mann, steht vor der Aussperrung. In der Metallwarenfabrik Fiedler in Leopoldshall war die Arbeiterschaft wegen Entlassung eines Arbeiters in den Ausstand getreten. Der Verband anhaltinischer Metallindustrieller teilt nunmehr mit, daß, wenn die Arbeiterschaft der Metallwarenfabrik Fiedler bis zum 1. Dezember die Arbeit nicht wieder aufgenommen hat, die Verbandsbetriebe zur Aussperrung der gesamten Arbeiterschaft schreiten würden.

Rom. (Beendeter Zeitungsstreik.) Der Streik der Buchdrucker ist beendet. In ganz Italien haben die Buchdrucker die Arbeit wieder aufgenommen. Die Zeitungen erscheinen wieder.

Bezirksausschußsitzung in Grimma.

Die Tagesordnung der am 24. November 1921 unter dem Vorsitze des Amtshauptmanns Hardraht abgehaltenen 14. diesjährigen Sitzung des Bezirksausschusses umfaßte 28 Gegenstände.

Im Vordergrunde der Beratungen standen ausschließlich Angelegenheiten, die der Bezirksversammlung vorzulegen sind. Die Nachträge zu dem Haushaltplane des Bezirksverbandes auf 1920/21 sowie auf 1921/22, der eine Einnahme und Ausgabe von 1 649 092 Mark vorsieht und die Erhebung einer Bezirksumlage von 14% bedingt — ausschließlich der zur Deckung des Aufwandes des Fürsorgeverbandes noch nötig werdenden z. Zt. noch nicht feststehenden Bezirksumlage —, wurden aufgestellt und ihre Vorlegung an die Bezirksversammlung beschlossen. Ferner wurden in einigen, mit dem Haushaltplane auf das laufende Rechnungsjahr unmittelbar in Verbindung stehenden Personalangelegenheiten des Bezirksverbandes und der Bezirksanstalt Entschließung gefaßt. Weiter wurde dem Entwurfe einer Vergnügungssteuerordnung für den Bezirk und ihrer Vorlegung an die Bezirksversammlung, sowie dem Entwurfe einer Wohnungsluxussteuer für den Bezirk — einschließlich der rev. Städte — zugestimmt und der Amtshauptmannschaft unter Zuziehung der Mitglieder Bürgermeister Schmidt und Stadtrat Gey die endgültige Fassung überlassen, die der Bezirksversammlung ebenfalls vorzulegen ist. Zur Beaufsichtigung und Erledigung der laufenden Geschäfte der Verwaltung der Bezirksanstalt soll unter dem Vorsitze der Amtshauptmannschaft ein Ausschuß gebildet werden, in den die Mitglieder Bürgermeister Schmidt und Stadtrat Gey abgeordnet wurden. Die Entschädigungen der Bezirksausschußmitglieder, der Abgeordneten der Bezirksversammlung und der Mitglieder der Ausschüsse für Teilnahme an den Sitzungen, die Höhe der Vergütung für Benutzung des Bezirkskrankenkraftwagens und der Entschädigung der Fahrer des Wagens wurden anderweit geregelt. Danach betragen die Sätze mit Wirkung vom 1. Dezember 1921 ab: 6 Mk. für 1 Km. für öffentliche Verbände, 10 Mk. für 1 Km. für Einzelpersonen (Privat), 15 Mark für 1 Km. für außerhalb des Bezirks Wohnende, sowie die Ansätze für Fahrstunden: 8 Mk. am Tage, 12 Mk. nachts. Alsdann wurden genehmigt Ortsgesetze für Oelschütz und für Zschetzsch über die Bildung von Gemeinderäten und die Wahlen der Gemeindevertreter, Nachträge zu Gemeindesteuerordnungen, und zwar für Kohnstädt über Einführung der Zuwachs- und Erhöhung der Grunderwerbssteuer und für Kralopp über Erhöhung der Hundesteuer, die Verschmelzung der Armen- mit der Gemeindekasse in Großbuch, die anderweite Regelung der Entschädigung des Gemeindevorstandes in Zweenfurth, sowie der Vertrag über die Vereinigung des Rittergutes Thallwitz mit der Gemeinde Thallwitz und der deswegen nötige Nachtrag zum Ortsgrundgesetze für Thallwitz. Ferner wurden genehmigt die Schankerlaubnisgesuche Leonhardts-Falkenhain und der verehel. Janosch-Brandis (Uebertragungen) und Fests-Nerchau (Handel mit Trinkbranntwein in geschlossenen Flaschen). Einem Nachtrage zur Gemeindesteuerordnung für Plagwitz über Erhöhung der Hundesteuer mußte die Genehmigung versagt werden. Ein Schankerlaubnisgesuch aus Naunhof wurde mangels Bedürfnisses abgelehnt. Die Einrichtung einer Kleinviehschlächterei durch Oehmigen-Seelingstädt wurde bedingungsweise genehmigt. Nach einem eingehenden Berichte des Bezirksarztes wurde der Errichtung eines Hebammenbezirkes mit dem Wohnsitze der Hebamme in Kleinbardau für die Gemeinden Groß- und Kleinbardau, Glaßen, Ballendorf und Eichelshain erneut zugestimmt. Hinsichtlich der Verteilung der Wegebaubeihilfen aus Staats- und Bezirksmitteln für 1921 und Gewährung der Zuschläge zu den Bezügen des Personals des Bezirksverbandes und der Bezirksanstalt wurden die Vorschläge gutgeheißen. Schließlich wurde einer Berufung eines Gewerbetreibenden aus Nerchau gegen seine Heranziehung zur Wanderlagersteuer in einer Nachbargemeinde stattgegeben.